

Prof. Dr. Kauffold, Parlamentarischer Staatssekretär:

Ich könnte zu Ihrer Frage von mir aus nicht entscheiden, daß dort sabotiert wird. Ich kann Ihnen nur zusichern, daß wir das nachprüfen werden. Ich habe mich gestern abend noch mit dem Direktor des Milchhofes Berlin in Verbindung gesetzt. Er hat mich darüber informiert, daß in Berlin nur an ein bis anderthalb Tagen Störungen in der Versorgung mit Frischmilch aufgetreten sind, weil nämlich neue Verpackungsmaschinen installiert worden sind, um die Milch in einer Art und Weise anbieten zu können, daß sie mit bundesdeutschen Erzeugnissen konkurrieren kann erstens und zweitens wegen der Abkoppelung der Produktion vom Transport. Mir ist dort mitgeteilt worden, daß der Milchhof die Milch für 1,15 M abgibt. Ich werde das konkrete Beispiel, das Sie genannt haben, nachprüfen.

(Haschke, CDU/DA: Weißenseer Molkerei GmbH.)

Ja.

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Bitte schön, noch zwei Fragen.

Dr. Meyer-Bodemann (DBD/DFD):

Entschuldigen Sie, Herr Prof. Kauffold, das, was Sie jetzt gesagt haben, ist für die Landwirtschaft sehr schlimm. Da die Milch in der Molkerei entrahmt wird, heißt nämlich die Spanne, die hier eben geschildert worden ist, vom Bauern über die Molkerei an den Handel nicht nur 100 %, sondern 150 %, weil die Butter ja außerdem verkauft wird. Und Sie haben das damit begründet, daß gesagt worden ist, die Molkerei muß rationalisieren, damit sie wettbewerbsfähig bleibt.

Sie wissen aber, daß den Landwirtschaftsbetrieben mindestens 60 % überhaupt erst einmal daran fehlen, daß sie wenigstens an die Grenze der Rentabilität kommen. Halten Sie es wirklich für richtig, die Molkerei zu Lasten der Bauern mit dieser Spanne zu versehen? Ich kann Ihnen da nicht folgen.

(Beifall)

Prof. Dr. Kauffold, Parlamentarischer Staatssekretär:

Herr Meyer-Bodemann, ich stimme Ihnen zu. Ich halte es nicht für richtig, die Molkerei mit einer so großen Spanne zu versehen. Die Preisempfehlungen, die wir den Erzeugern anbieten, wirken erst seit zwei, drei Tagen. Wir werden uns auch mit den Preisen beschäftigen und Empfehlungen zu Preisen geben, zu denen die Molkereien ihre Produkte abgeben. Das wird ein nächster Schritt sein.

Frau Förtsch (PDS):

Herr Minister, ich habe Sie so verstanden, daß Sie sich dafür einsetzen wollen und das auch teilweise schon getan haben, daß Landwirtschaftsprodukte aus unserer Produktion vom Handel abgenommen werden. Wie sehen Sie in diesem Zusammenhang die Tatsache, daß offensichtlich geltende Verträge nicht eingehalten werden? Ich denke z. B. an das Problem mit dem Werder-Obst, das vom Konsum laut Zeitungsmeldung nicht abgenommen wird, weil es durch einen Vertrag mit REWE unterbunden wird.

Prof. Dr. Kauffold, Parlamentarischer Staatssekretär:

Die Antwort nehmen Sie eigentlich vorweg. Natürlich kann ich es nicht begrüßen, wenn geltende Verträge nicht eingehalten werden. Das ist doch ganz klar, daß wir das nicht begrüßen können, wenn geltende Verträge nicht eingehalten werden. Wir können doch nicht begrüßen, wenn auf Obst und Gemüse Handelsspannen von 100 % erhoben werden, und wir können es nicht begrüßen, wenn nach unseren Berichterstattungen große Mengen Tomaten und Gurken keinen Abnehmer finden.

(Frau Förtsch, PDS: Vielleicht eine konkrete Nachfrage: Welche Möglichkeiten sehen Sie, solche Vertragsbrüche zu unterbinden?)

Da fragen Sie den Justizminister. Wenn gültige Verträge nicht eingehalten werden, dann müssen sich die Vertragspartner an die Gerichte wenden. Das ist doch ganz klar.

(Beifall)

Wir sind doch ein Rechtsstaat, wir sind doch kein Kommandostaat mehr. Wir können aber versuchen, mit unseren Mitteln die Vertragspartner zusammenzubringen, und wir können mit ihnen sprechen. Mehr können wir gar nicht tun und wollen wir auch nicht.

Frau Förtsch (PDS):

Ich stimme Ihnen vollkommen zu. Meine Frage ist nur, ob das tatsächlich in der Praxis passiert; denn laut Zeitungsmeldung wird das Werder-Obst auf den Märkten verkauft. Das ist im Prinzip der Weg des geringsten Widerstandes und nicht eine Lösung der anstehenden Probleme.

Prof. Dr. Kauffold, Parlamentarischer Staatssekretär:

Das ist eine Lösung. Der Großhandel ist ein Instrument, das da ist, aber die Vermarktung ist auch eine Möglichkeit, und alle sollten den Erzeugern empfehlen, auch zu Möglichkeiten der Direktvermarktung zu kommen.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Ich bin in der ähnlichen Situation, daß viele Fragen gekommen sind. Sind Sie bereit, sich auf die drei Fragen, die jetzt noch da sind, zu beschränken? Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen, wer möchte mehr zulassen? - Danke. Dann wird so verfahren. Diese drei Fragen können noch gestellt werden. Wir fangen jetzt von links außen das und gehen in die Mitte.

Backhaus (SPD):

Herr Staatssekretär, über die Problematik sind wir uns alle einig: daß es darum geht, unsere Landwirtschaft zu schützen. Speziell aus dem Norden werden jetzt die Probleme immer größer. Es gibt hinsichtlich der Zollkontrollen doch erhebliche Probleme, daß Produkte einfließen, speziell Butter und Milch, besonders im Bezirk Schwerin. Inwieweit sehen Sie Möglichkeiten, dem entgegenzuwirken?

Prof. Dr. Kauffold, Parlamentarischer Staatssekretär:

Nach meinen Informationen werden Zollkontrollen für landwirtschaftliche Produkte nur durch Binnenzollämter vorgenommen. Das ist laut Gesetz, das die Volkskammer verabschiedet hat, so geregelt.

Holz (DBD/DFD):

Herr Staatssekretär! Die Getreidewirtschaftsbetriebe, meistens GmbH, in unserem Lande boykottieren zur Zeit bewußt die Abnahme bzw. die Preisbildung der Landwirtschaftsbetriebe. Bis zu 20 % bleiben sie unter dem empfohlenen Interventionspreis bzw. nehmen manchmal nur bis zu 40 % des Getreides, das jetzt auf dem Halm steht, ab. Wie können wir das verändern, oder wie zwingen wir sie?

Prof. Dr. Kauffold, Parlamentarischer Staatssekretär:

Diese Frage sehe ich etwas außerhalb des heutigen Zusammenhangs. Wir wissen auch, daß diese Tendenzen bestehen. Wir haben aber bisher Interventionen für Getreide erst ab Herbst vorgesehen, so daß dieser Mechanismus erst dann für die Produzenten wirksam wird.

Wir müssen aber auch diesen Sachverhalt überprüfen in Vorbereitung der Getreideernte, die ja jetzt ansteht.

Dr. Watzek (DBD/DFD):

Wir haben heute in 2. Lesung zur Beschlußfassung das Marktorganisationsgesetz und damit auch die rechtliche Grundlage für die Arbeit des Amtes für landwirtschaftliche Marktordnung.

Ich muß noch einmal betonen, wir halten die Arbeit nach Marktorganisationsprinzipien für die Landwirtschaft für unbedingt erforderlich. Ich möchte hier den Herrn Staatssekretär voll unterstützen. Ich sehe aber hier folgendes Problem: